

Rechte Umtriebe im Ländle



Inhalt

Vorwort.....	5
Rechte Umtriebe in Südwürttemberg	6
Zum Beispiel: Ulm.....	10
Und jährlich grüßt das Murmeltier – die unendliche Geschichte des AfD Neujahrsempfangs in Reutlingen	11
Rechte Betriebsarbeit erkennen und ihr mutig entgegen- treten. Keinen Fußbreit den Faschisten im Betrieb!	14
Positionen der AfD.....	17
Gewerkschaften und AfD – Positionen auf einen Blick.....	27
Impressum.....	28

Rechte Umtriebe im Ländle



**Reden
wir über...**

DER ZUKUNFTSDIALOG



Vorwort

Manche fragen sich, warum sich die DGB-Gewerkschaften immer wieder – so auch in dieser Broschüre – mit der selbsternannten „Alternative für Deutschland“ und der rechten Szene insgesamt auseinandersetzen. Dies hat mit Blick auf die AfD vor allem zwei Gründe.

Der erste ist, dass die AfD in ihrer gesamten Programmatik und dem Auftreten ihrer Amts- und Mandatsträger*innen den Positionen und Werten der DGB-Gewerkschaften fundamental entgegensteht. Sie setzt auf Spaltung, Rassismus und Nationalismus. Sie versucht in vielen Politikfeldern – vor allem in solchen, die unmittelbar für erwerbsabhängige Menschen relevant sind – durch schwammige Beschlüsse und widersprüchliche Aussagen für möglichst viele und häufig diffuse Ängste, Befindlichkeiten und Ressentiments anschlussfähig zu sein. Dabei erzeugt sie ein Narrativ des Konflikts zwischen innen und außen, der Bedrohung durch Geflüchtete oder die überbordende Einflussnahme der Europäischen Union. Den realen Konflikt zwischen oben und unten, also zwischen Kapital und Arbeit, verneint sie und stellt sich in wichtigen Fragen auf die Seite der Besitzenden.

Der zweite Grund, warum wir uns mit der AfD beschäftigen, ist ihr anhaltender Erfolg bei Wahlen und ihr auch damit einhergehender gesellschaftlicher Einfluss. Die AfD nutzt die mediale Aufmerksamkeit und die Ressourcen, die ihnen die Mandate im Bundestag, den Landtagen und den kommunalen Gremien bringen, um ihre kruden bis eindeutig demokratie- und menschenfeindlichen Thesen zu verbreiten. Die Partei sowie ihre Amts- und Mandatsträger*innen sind auf vielfältige Weise mit weiteren Teilen der rechtsradikalen Szene verwoben. In zahlreichen Social-Media-Gruppen und Protestbewegungen, in denen rassistische und antidemokratische Positionen und allerlei Verschwörungsmymen verbreitet werden, spielen sie eine wichtige Rolle. Die AfD leistet dadurch einen nicht zu vernachlässigenden Beitrag zur Polarisierung unserer Gesellschaft, zur Gesellschaftsfähigkeit rechter und rechtsradikaler Thesen und damit schließlich auch zu Gewalttaten wie in Hanau, Halle oder dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke.

Kurz zusammengefasst: Die AfD ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft und sie widerspricht allem, wofür wir bei den DGB-Gewerkschaften stehen. Aufzuzeigen, dass die AfD keine Alternative für erwerbsabhängige Menschen darstellt, sie ganz im Gegenteil unser gesellschaftliches und politisches Miteinander bedroht, ist uns ein wichtiges Anliegen.

Solidarität ist der Kern dessen, was Gewerkschaften und ihre Arbeit in den Betrieben und der Gesellschaft ausmacht. Den Feinden von Demokratie und Menschlichkeit werden wir uns aus historischem Bewusstsein und antifaschistischer Tradition daher stets entgegenstellen.

Andre Fricke
Bezirksjugendsekretär

Rechte Umtriebe in Südwürttemberg

von Sebastian Lipp, allgaeu-rechtsaussen.de

„Neue Rechte“ in Bewegung: Die Identitären

Seit Ende 2011 sind die 2002 in Frankreich gegründeten Identitären auch in Deutschland vertreten. Die sogenannte „Identitäre Bewegung“ ist das jüngste ‚Kind‘ der „Neuen Rechten“. Diese ist eine Strömung der extremen Rechten, die sich nicht auf den Nationalsozialismus, sondern auf Vertreter eines intellektuellen Rechtsextremismus in der Weimarer Republik bezieht. Um sich vom Neo-Nazismus und NS-Nostalgie abzusetzen wurde diese verschüttete Traditionslinie seit den 1970er Jahren frei gelegt. Trotz gewisser Distanz zum NS handelt es sich um eine Spielform des Faschismus.

Entgegen ihres Namens ist die „Identitäre Bewegung“ nur eine Pseudo-Bewegung. Selbst zu ihren Hochzeiten waren es nur ein paar hundert Aktivist*innen. Statt mit Masse schafften es die Identitären zeitweise über Transparent-Aktionen à la Greenpeace in die Schlagzeilen der Medien zu kommen. In den letzten zwei Jahren verloren die Identitären stark an Zugkraft, u.a. durch ihre Entfernung aus sozialen Medien wie Facebook, Twitter oder Youtube. Die Regionalgruppe Schwaben der Identitären, die das bayrische und das baden-württembergische Schwaben umfasst, ist eine der wenigen noch aktiven Regionalgruppen.

Im beschaulichen Rottweil fanden 2015, 2018 und 2019 so genannte „Aktivisten-Wochenenden“ der schwäbischen Identitären statt. Unterschlupf fanden die Jungrechten dabei offenbar in der örtlichen Jugendherberge¹. Solche Veranstaltungen dienen der Schulung, Planung und ideologischen Festigung. Sie finden daher unter Ausschluss der Öffentlichkeit und meist eher im ländlichen Raum statt, wo weniger Gegenprotest zu erwarten ist, wenn die Veranstaltung und ihre Hintergründe aufliegen.



Die schwäbischen Identitären haben im Juni 2017 in Ulm sogar eine eigene NGO gegründet: Die „Alternative Help Association“ (AHA) mit Postadresse in Dietingen-Böhringen (Kreis Rottweil). Sie soll offenbar auch als Argument gegen Rassismus-Vorwürfe dienen. Gemäß der Logik, wer sich für Geflüchtete in Syrien einsetzt, könne kein Flüchtlings-Feind sein. Auf den zweiten Blick zeigt sich aber, dass vor allem Mitglieder der christlichen Minderheit unterstützt werden und Kritik an der Assad-Diktatur unterlassen wird. Die eigentliche Logik lautet: Syrien den Syrern und Deutschland den „echten“ Deutschen. Für die IBD dürfte bei der AHA allerdings auch die Akquise von Spendengeldern unter dem Deckmantel humanitärer Hilfsleistungen eine erhebliche Rolle spielen. Die weitere Verwendung dieser Gelder vor Ort ist

nicht nachzuvollziehen, zumal AHA sich vorbehält, die Spendeneinnahmen auch für „patriotische Aufklärungsarbeit in Europa“ und somit für Zwecke der IBD zu verwenden, deren Ziele ohnehin inhaltlich deckungsgleich sind.

¹ Peter Arnegger (gg): Junge Rechte demonstrieren in Rottweil – friedlich und kaum beachtet, 17. April 2018, <https://www.nrwz.de/rottweil/junge-rechte-demonstrieren-in-rottweil-friedlich-und-kaum-beachtet/201313>

Nazi-Skins für »Blut und Ehre«: Die »Stimme des Zorns«



Manche Aktivisten der „Identitären“ entstammen nicht nur auch der klassischen Neonazi-Szene – sie sind vielfach weiter Teil davon oder unterhalten Kontakte in dieses Milieu. So etwa Robin Mengele.

Den Aktivisten der schwäbischen Identitären erwischte die Rechercheplattform allgaeu-rechtsausen.de im November 2016 als Besucher einer Veranstaltung im Clubhaus der Kameradschaft „Voice of Anger“ (deutsch: „Stimme des Zorns“) in Memmingen. Die Neonazi-Skins traten vor mehr als 15 Jahren an, die Szene im württembergischen und bayerischen Allgäu zu einen und zu professionalisieren, was ihnen in jeder Hinsicht gelang: Heute sind sie die größte Gruppe ihrer Art in Süddeutschland und bestens in der internationalen Szene um „Blood & Honour“ (deutsch: „Blut und Ehre“) vernetzt.

Ohne die maßgebliche Unterstützung dieses in Deutschland seit mehr als 20 Jahren verbotenen, aber dennoch weiter agierenden militanten Netzwerks wären die Taten des NSU so nicht denkbar gewesen. Über das szeneeigene Plattenlabel „Oldschool Records“ vertreibt die Allgäuer Szene braune Propaganda und Musik weltweit kommerziell erfolgreich, während sie auch ausländische Szenegrößen und bis zu 250 Besucher teils trotz Verbot auf Konzerte nach Bayern und Württemberg lockt. 2019 machte „Voice of Anger“ das Allgäu zum Hotspot für Neonazi-Konzerte, als sechs von zwölf in Bayern registrierte Neonazi-Konzerte hier stattfanden.

Doch bei „Voice of Anger“ geht es um weit mehr. Die Gruppe geht zurück auf die bereits in den 90er Jahren nach nichteinmal einem Jahr massiver nationalsozialistischer Agitation und gewalttätiger Überfälle verbotenen „Skinheads Allgäu 88“ und ihre zeitweise als kriminelle Vereinigung verfolgten Nachfolgevereinigungen.

Auch deren Tradition der Huldigung von NS-Tätern bei jährlichen »Heldengedenken« setzt „Voice of Anger“ ungebrochen fort. Am sogenannten »Führergeburtstag« wird bei den Skinheads groß gefeiert, eigene Jubiläen begehen sie mit Hakenkreuztorten. Anhänger der Skinheadkameradschaft trainieren teils gemeinsam mit Identitären und anderen extrem rechten Gruppen für den politischen Straßenkampf. Als die Polizei gegen das Plattenlabel „Oldschool Records“ der „Voice of Anger“-Führungsfigur Benjamin Einsiedler vorging, fanden die Ermittler auf dessen Computer brisante Fotos. Sie zeigen Anhänger von „Voice of Anger“ an einem Schießstand. Auf einem Tisch liegen Faustfeuerwaffen – neben Bildern jüdischer Geistlicher, die offenbar als Zielscheiben dienen.

Rechtspopulismus in Parteiformat: Die »Alternative für Deutschland« (AfD)

Die AfD fungiert als Sammelbecken für sehr unterschiedliche Strömungen der extremen, konservativen und christlichen Rechten. Auch in Baden-Württemberg verfügt der offiziell aufgelöste Höcke-Flügel über einigen Einfluss. In dem Flächen-Bundesland versucht sich die AfD über regionale Büros zu verankern. Etwa das AfD-„Bürgerbüro“ des Landtagsabgeordneten Emil Sänze in Rottweil, was gleichzeitig auch als Geschäftsstelle der AfD-nahen „Gustav-von-Struve-Stiftung e.V.“ fungiert. Dieser nach einem badi-schen Revolutionär benannte Verein soll zukünftig die parteinahe Landesstiftung der AfD werden.

Baden-Württemberg ist die westdeutsche Hochburg der AfD. Zur Landtagswahl im März 2016 erhielt die Partei immerhin 15% aller abgegebenen Stimmen. Trotzdem wird die Partei von ständigen Macht- und Richtungskämpfen gelähmt, die sich oft genug bis in die Kreisverbände erstrecken.

Verbale Scharfmacher wie der AfD-Landtagsabgeordnete Hans-Peter Stauch zeigen deutlich, was für Tonlagen bei der AfD möglich sind. Er schrieb beispielsweise am 2. November 2019 auf Facebook: „Der große Volksaustausch kommt. Verstärkt strömt fremdes Blut und fremde Kultur im Rahmen der unkontrollierten Massenmigration über viele Länder hinweg, aber auch durch junge Studenten nach Europa - Hauptziel Deutschland. Multikulturelle Volksvermischung. Der hellbraune, afroasiatischmitteleuropäische Menschentyp ist das Wunschbild und soll mit der Durchmischung geschaffen werden.“

Menschen, die mit niedrigerem bis mittlerem IQ sollen vermutlich als eine willige Arbeiterkaste zur Verfügung stehen. In Zeiten wo die Leistungen der Schüler von Gemeinschaftsschulen und Gemischtklassen abgesenkt werden, gibt es dazu fast keine andere Schlußfolgerung.“ Dass AfD-Abgeordnete folgenlos solche rassistischen Verschwörungserzählungen verbreiten können zeigt, dass die AfD inhaltlich auch das Erbe der NPD angetreten hat.



Reich-lich rechts: Die Reichsbürger-Bewegung

Reichsbürger*innen halten die gewählte Bundesregierung für illegitim und möchten stattdessen die Fortführung eines Deutschen Reiches von anno dazumal erzwingen. Welches Deutsche Reich von welchem Jahr Bestand haben soll, darüber liegen die Reichsbürger aber im Clinch. Das Innenministerium von Baden-Württemberg zählte Ende 2018 etwa 3.200 Reichsbürger*innen im Ländle. Die Bewegung ist aber zersplittert und zerfällt in viele Einzel-Aktivist*innen und Organisationen. Die einzelnen Gruppen nannten sich „Freier Volksstaat Württemberg“, „Indigenes Volk Germaniten“, „AG Mensch in Württemberg“, „Staatenbund Baden-Württemberg“, „Freigeist-Forum Tübingen“ oder „Primus Inter Pares e.V.“.



Zum Gründungsvorstand von „Primus Inter Pares“ gehörte auch Stephan Bergmann, der Pressesprecher von „Querdenken 711 – Stuttgart“, der vermutlich wichtigsten Organisation der Pandemie-Leugner*innen, die unter „Corona-Rebellen“ oder „Querdenken“ firmiert und die seit Anfang April 2020 auf die Straße gehen und auch in Ravensburg im südlichen Württemberg eine Hochburg haben. Der Sturm von mehreren hundert Menschen mit schwarzweiß-roten Reichsflaggen auf die Reichstag-Treppe führte der Welt nochmal vor Augen, dass Reichsbürger*innen und andere extreme Rechte massenhaft an den Corona-Protesten beteiligt waren und sind. Reichsbürger-Inhalte,

etwa dass Deutschland keine echte Verfassung habe, prägen auch große Teile der übrigen Bewegung der Pandemie-Leugner*innen. Auch zutiefst rassistische Thesen wie die oben zitierte Passage des AfD-Landtagsabgeordneten Hans-Peter Stauch finden dort wie die AfD und andere Rechtsaußenparteien zunehmend Anklang.

Rechtspopulismus in Buchformat: Der Kopp-Verlag

Der in dem kleinen Städtchen Rottenburg am Neckar beheimatete Kopp-Verlag macht kräftig Kasse mit dem Rechtsruck. Kerngeschäft des 1994 gegründeten Verlags sind Verschwörungserzählungen. Diese hat er um eine Sektion rechter Bücher erweitert, viele davon auch mit verschwörungsideologischer Stoßrichtung. Davon zeugen Titel wie „Staats-Antifa. Die heimliche Machtergreifung der Linksextremisten“, „Kommt die Klimadiktatur? Eine faktenreiche Analyse des grünen Klimawahns“ oder „Das Wörterbuch der Lügenpresse“. Neben Büchern werden bei Kopp auch DVDs und Prepper-Equipment für den erwarteten Weltuntergang angeboten. Auch ein eigenes Blatt und ein Newsportal betreibt der Kopp-Verlag. Beide mit deutlich rechter Schräglage.

Die neue Bewegung der Pandemie-Leugner*innen wird vom Kopp-Verlag mit mehreren Buchtiteln publizistisch begleitet. Etwa: „Vorsicht Diktatur! Wie im Schatten von Corona-Krise, Klimahysterie, EU und Hate Speech ein totalitärer Staat aufgebaut wird“, „Gesundheitsdiktatur. Bill Gates' Angriff auf die Demokratie“ oder „Plandemie. Profitstreben, Korruption und Täuschung hinter der COVID-19-Pandemie“. So manche Kopp-Buchautoren engagieren sich auch in der Bewegung der Pandemie-Leugner*innen oder der AfD. Wie etwa Thor Kunkel, dessen Buch „Das Wörterbuch der Lügenpresse“ 2020 im Kopp-Verlag erschien. Der Schweizer Schriftsteller war u.a. 2015 Berater der Berliner AfD im Wahlkampf, Berater der AfD für die Bundestagswahl 2017 und 2018 Berater der AfD-Fraktion Niedersachsen.

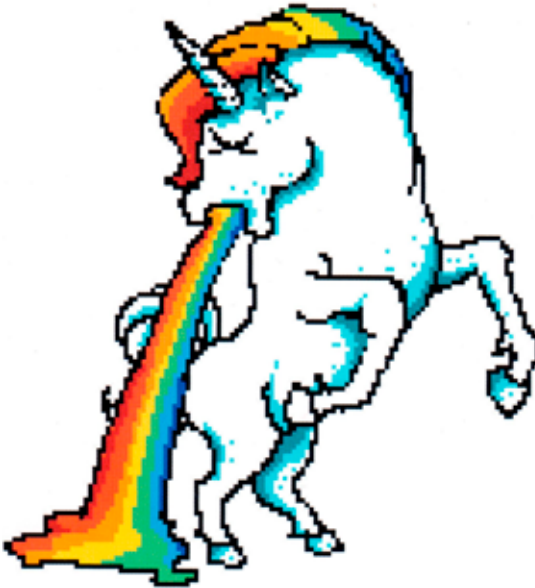
Zum Beispiel: Ulm

Von Antje Trosien

In Ulm und Um herum gab es immer wieder neonazistische Umtriebe: so gab es auf der bayerischen Seite im Landkreis Neu-Ulm Treffen freier Kameradschaften und die Stadt Ulm wurde immer wieder von Neonazis oder ihnen nahestehenden Gruppierungen heimgesucht, so 2009 am 1. Mai von der NPD-Jugendorganisation, 2013 von der NPD und ProDeutschland. Mit dem Auftreten des nationalistischen Flügels der AfD verschoben sich die Rechten von der Straße in die Parlamente und Gremien, doch im Stadtbild war immer mal wieder die inzwischen verbotene Identitäre Bewegung mit Aktionen präsent. Als „Gegenmaßnahme“ versucht das Bündnis gegen Rechts Ulm/Neu-Ulm mit Kundgebungen, Aktionen und Aufklärungsarbeit dagegen zu halten. Aktuell haben wir mit einem Videobeitrag über die „Reichsbürger“-Bewegung informiert. Auch die Corona-Leugner stehen im inhaltlichen Fokus, da es auch hier Verbindungen zu rechtsextremen Gruppierungen gibt und auf deren Kundgebungen immer wieder antisemitische Tendenzen erkennbar sind.

Zudem ist der Ulmer Anwalt Markus Haintz einer der Hauptaktivisten der Corona-Leugner und schafft es nicht, sich eindeutig von rechten Umtrieben zu distanzieren.

Vor diesem Hintergrund bleibt eine weitere kritische Auseinandersetzung wichtige Aufgabe für den DGB, seine Gewerkschaften und die Ulmer Zivilgesellschaft.



SICK OF IT ALL

**FUCK RACISM, SEXISM, HOMOPHOBIA, ANTISEMITISM,
TRANSPHOBIA, FASCISM, CONSPIRACY THEORIES!**

Und jährlich grüßt das Murmeltier – die unendliche Geschichte des AfD Neujahrsempfangs in Reutlingen

Von Moritz Stiepert

Einmal im Jahr, zumeist Mitte Februar, macht die AfD in Reutlingen von sich reden. Dann wird Gott und die Welt aus der rechten Szene rund um die Metropole an der Echaz zum netten Get-Together eingeladen. Zunächst wurde nicht gekleckert, sondern geklotzt und die Reutlinger Stadthalle für dieses Treffen angemietet. Heute findet der Neujahrsempfang im Spitalhof statt.

Aber wer ist denn diese Alternative für Deutschland in Reutlingen eigentlich? Es gibt zwar einige Ortsvereine dieser Partei in der Region, aber treibende Kraft und ausführendes Organ der AfD in Reutlingen ist der Kreisverband und hierbei insbesondere ihr Vorsitzender Hansjörg Schrade, seines Zeichens selbständiger Gemüsehändler. Wenn man ein bisschen nach seiner Vergangenheit recherchiert, findet man ein eher linksgrünes Umfeld. So zitiert er auf einer regionalen Chatseite FK Wächter, einen Autoren der Neuen Frankfurter Schule, als seinen Lieblingsautoren. Wann und wo Hansjörg Schrade falsch abgegeben ist, bleibt unklar. Immer wieder sieht man auf von ihm angemeldeten Demonstrationen Menschen, die dem fundamentalen Christentum zuzurechnen sind. Auch über Schrade gibt es das Gerücht, er sei sehr stark freikirchlich verwurzelt. Jedenfalls ist er dafür zuständig, dass sich die AfD in Reutlingen in der politischen Ausrichtung dem Flügel rund um Björn Höcke angeschlossen hat. Man traf sich nicht nur mit ihm in Reutlingen, auch in der Auseinandersetzung um den Landesvorstand in Baden-Württemberg hat man klar die Flügelposition unterstützt.

Neben dem vorbestraften Dubravko Mandić und Vertreter*innen der Identitären Bewegung gibt es auch immer wieder Vertreter*innen des Flügels als Rednerinnen auf dem Neujahrsempfang: wie zum Beispiel Corinna Miazga im Jahr 2020. Die ganze Veranstaltung ist zum Treffpunkt der organisierten Rechtsextremen auf der Alb geworden. Neben den bereits genannten Vertreter*innen der Identitären Bewegung sieht man hier bekannte Rechtsextreme oder Mitglieder des Dritten Wegs.

Gegen den Neujahrsempfang der AfD gab es von Anfang an einen breiten Gegenprotest. Nachdem sich ein früheres Bündnis aufgrund von Streitereien um die Ausrichtung aufgelöst hatte, gibt es seit 2018 wieder einen Zusammenschluss, welcher sich mit der Bekämpfung der AfD in Reutlingen beschäftigt. Mitglieder sind hier neben zahlreichen Parteien aus dem Gemeinderat auch Gewerkschaften und örtliche Antifa-Gruppen. Das gemeinsame Vorgehen wird bei regelmäßigen Treffen abgesprochen. Nach außen wird mit einer Stimme gesprochen. Kein Bündnispartner schießt öffentlich gegen den anderen. Eine für linke Kreise eher unbekannt Harmonie.

Gegen den Neujahrsempfang der AfD in Reutlingen gab es von Anfang an einen breiten Gegenprotest.



Das führt auch dazu, dass unsere Gegenproteste durchweg positiv in der Presse und Öffentlichkeit rezipiert werden.

Das Bündnis hat eine gute Verbindung in die Stadtgesellschaft, kann immer wieder Kreistags- und Gemeinderatsfraktionen ansprechen, macht regelmäßige Presse- und Bildungsarbeit. Das führt dazu, dass die AfD immer mehr Probleme hat, sich unbeobachtet in Reutlingen zu bewegen. Ob sich das in den Wahlergebnissen der nächsten Wahlen niederschlagen wird, bleibt fraglich. Aber als Erfolg kann gewertet werden, dass alle „Wutbürger“-Bewegungen, welche die AfD initiiert oder sich offensichtlich angeschlossen hat, eingegangen sind. Sowohl die Diesel- als auch die Hygiene-Demos waren als kleine Bewegungen nur kurz im Stadtbild sichtbar.

Wie es mit dem Neujahrsempfang weitergeht, bleibt in Zeiten der Corona-Pandemie fraglich. Es scheint aber, dass die Gegenwehr des Bündnisses und weiten Teilen der Stadtgesellschaft seine Folgen zeitigt. Der AfD Neujahrsempfang wird immer kleiner. Zählte er 2019 noch 250 Teilnehmer*innen, waren es Anfang 2020 nur noch 150. Auch innerhalb der AfD dringen immer wieder Meinungsverschiedenheiten an die Öffentlichkeit. Nicht alle sind mit der rechtsextremen Ausrichtung des Kreisvorsitzenden Schrade zufrieden. Zudem ist die Teilnahme an dem Neujahrsempfang mit Unannehmlichkeiten für alle verbunden. Der Gegenprotest und die Arbeit des Bündnisses ist also positiv zu bewerten. Das Bündnis ist in der Stadtgesellschaft verankert und kann weite Teile der politischen Öffentlichkeit hinter sich versammeln. Das macht Spaltungsmanöver der AfD zwischen bürgerlichen und antifaschistischen Kräften wenig erfolgreich!

Rechte Betriebsarbeit erkennen und ihr mutig entgegenzutreten. Keinen Fußbreit den Faschisten im Betrieb!

Offenes Treffen gegen Faschismus und Rassismus Tübingen und die Region (OTFR)

Im Frühjahr 2018 fanden bundesweit Betriebsratswahlen statt. Dort kann jede*r antreten, der*die seit mindestens sechs Monaten in einem Betrieb arbeitet. Auch Rechte nutzten dies. So startete die Nazi-NGO „Ein Prozent“ den Aufruf „Werde Betriebsrat“. Dieser fiel durchaus auf fruchtbaren Boden: allein am Daimler-Standort Untertürkheim traten 187 KandidatInnen auf der von altbekannten FaschistInnen initiierten Liste „Zentrum“ an. Bei diesen Wahlen erreichte „Zentrum“ 13,2 % der Stimmen. In der Folge erhöhte sich die Anzahl ihrer Sitze im Betriebsrat von vier auf sechs. Eine öffentlichkeitswirksame Zahl, welche vor allem deren vermeintliche Verankerung in der Belegschaft demonstrieren sollte.

Neben „Zentrum Automobil e.V.“ gibt es noch weitere solcher Betriebsorganisationen, die uns am Arbeitsplatz für rechte Politik begeistern wollen. Darunter die AfD-Projekte „Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer“ (AVA) und der „Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland“ (ALARM). Bisher beweist sich aber vor allem „Zentrum“ als erfolgreichstes rechtes Betriebsprojekt.

Wer ist „Zentrum Automobil e.V.“?

Hinter dem Projekt „Zentrum“ steckt vor allem Oliver Hilburger, Beschäftigter beim Daimler-Werk in Stuttgart-Untertürkheim. Er gründete den Verein bereits im Jahr 2009.

Hilburger ist ehemaliger Gitarrist der Nazi-Band „Noie Werte“. Mit „Noie Werte“ komponierte er den Soundtrack, welchen der NSU später für sein Bekennervideo nutzte. Hilburger war und ist nicht nur fester Bestandteil der schwäbischen Fascho-Szene, sondern auch Teil des europäischen „Blood and Honour“-Netzwerks.

Blood & Honour stellt in ganz Europa ein Netzwerk dar, welches ursprünglich die Herstellung, Vermarktung und Verteilung von Fascho-Musik organisierte. Nachdem Blood & Honour durch ihren bewaffneten Arm „Combat 18“ zum offenen Kampf aufgerufen hatte, wurde es in Deutschland verboten und agiert seit dem im Untergrund.

Das Ziel von „Zentrum Automobil e.V.“ ist der Aufbau von weiteren rechten Betriebsgruppen. Dabei kann man davon ausgehen, dass sie sich nicht nur auf die Automobilindustrie in der Metropolregion Stuttgart beschränken werden. So gibt es bereits weitere Listen an anderen Standorten, welche „Zentrum“ nahe stehen.

Im November 2017 hielt Hilburger eine Rede auf der Konferenz des neurechten „Compact“ Magazins in Leipzig. Mit dabei waren auch die „Identitäre Bewegung“ (IB) und die „AfD“. Dort behandelte er ein für diese Konferenz überraschend neues Thema: betriebliche Arbeit,

Gewerkschaften und rechte Betriebsräte. Er kritisierte dabei Leiharbeit, Freihandelsabkommen, niedrige Renten, das marode Gesundheitssystem und das angeblich gute Verhältnis zwischen Konzernleitung und IG-Metall. Schlussendlich forderte er den Schutz vor „politischer Kündigung“ und meint damit den Schutz für RassistInnen und Nazis in den Betrieben.

Das alles passt in das Schema der „Neuen Rechten“, welche durch Einflussnahme in unterschiedliche Bereiche der Gesellschaft eben diese nach rechts verschieben möchte. Dies tut sie durch Trollarmeen im Internet, rechte Verlage und Denkfabriken, mithilfe einer „Jugendbewegung“ inklusive eigener Lebenswelt, im Parlament, auf der Straße und jetzt eben auch im Betrieb. „Zentrum“ ist ein fester Bestandteil dieser „Neuen Rechten“ in der BRD. Es leugnete den Klimawandel, schimpfte gegen Fahrverbote und lobte den Diesel. Als zwei Daimler-Mitarbeiter einen Kollegen systematisch rassistisch beleidigten, schlug sich „Zentrum“ medienwirksam auf deren Seite und forderte den Schutz von „Patrioten im Betrieb“.

Rechte Betriebsarbeit erkennen: „Zentrum Automobil e.V.“ ist keine Gewerkschaft!

„Zentrum“ bezeichnet sich selbst als „unabhängige Gewerkschaft“ und spricht von sozialen Missständen, die angegangen werden müssten. In der Logik von „Zentrum“ haben die sogenannten „Einheitsgewerkschaften“ die Arbeiter*innen verraten, weshalb sich diese den rechten Betriebsprojekten anschließen sollten. „Zentrum“ und seine AnhängerInnen grenzen sich also ganz bewusst von linken Perspektiven ab und hegen eine offene Feindschaft gegen die DGB-Gewerkschaften, vor allem gegen die IG Metall (IGM).

Aber ist „Zentrum“ nun wirklich eine Gewerkschaft? Erstreitet sie für uns Arbeiter*innen reale Verbesserungen oder verbirgt sich dahinter eben doch nur ein faschistisches Projekt?

Eine Gewerkschaft zeichnet sich durch eine klare und parteiliche Haltung zur Arbeiter*innenklasse und deren Kampf um gerechte Arbeitsbedingungen aus. Gewerkschaften gehen von einer im Beschäftigungsverhältnis einseitigen Abhängigkeit der Arbeiter*innen aus und vertreten deren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen gegen die ihrer Arbeitgeber. Sie handeln also aufgrund der Annahme eines Interessenkonflikts zwischen Arbeiter*innen und Konzernspitzen. Dieser Interessenkonflikt führt zu tatsächlichen Ungerechtigkeiten wie Lohnkürzungen und anderen sozialen Missständen, welche erst mit der Auflösung dieses Widerspruchs überwunden werden können.

„Wider dem Klassenkampf! Die gegenseitige Abhängigkeit von Arbeitnehmer und Arbeitgeber muss Einzug in das Bewusstsein der einzelnen Wirtschaftsteilnehmer haben!“ Betriebszeitung „Kompass“ vom „Zentrum Automobil“ (Werk Untertürkheim, erscheint unregelmäßig, nicht online)

Mit sozialen Phrasen und scheinradikalem Auftreten versucht nun auch „Zentrum“ Arbeiter*innen zu agitieren. Es profitiert dabei von echter Wut der Beschäftigten und nutzt diese für seine Zwecke. Anders als die Gewerkschaften leugnet „Zentrum“ die Spaltung der Gesellschaft in Klassen. Bei „Zentrum“ gibt es kein „Oben und Unten“ und auch keinen Interessenkonflikt zwischen Arbeiter*innen und KapitalistInnen. Mit einer oberflächlichen Kritik am Sozialabbau, verbunden mit der Hetze gegen Beschäftigte Nicht-Deutscher Herkunft, spaltet und schwächt es die Arbeiter*innenklasse. Dies kann man unter der Überschrift soziale Demagogie fassen: Rechte sprechen Probleme wie niedrige Renten, Löhne, Diesel-fahrverbote und das kaputtgesparte Gesundheitssystem zwar an. Anstatt aber gemeinsam als Klasse den Kampf gegen Ungerechtigkeiten zu führen und die Profiteure dieser Verhältnisse anzuprangern, machen

sie die falschen Personengruppen – etwa geflüchtete Menschen, Nicht-Deutsche Beschäftigte, Klimaaktivist*innen etc. – für diese Lage verantwortlich. „Zentrum“ und Co spalten die Arbeiter*innenbewegung, schwächen durch ihren gewerkschaftsfeindlichen Diskurs die tatsächliche Interessensvertretung der arbeitenden Klasse und organisieren die Rechte auf betrieblicher Ebene.

- „Zentrum“ bleibt bei einfachem, emotionalen Phrasengedresche und unkonkreten Forderungen. Sie bieten einfache Antworten auf komplexe Fragen und garnieren diese mit plumpem Rassismus.
- „Zentrum“ hat weder der Mehrheit der Arbeiter*innen bei Tarifverhandlungen den Rücken gestärkt, noch hat es einen Plan für eine sozialere Gesellschaft.
- „Zentrum“ übernimmt also keinerlei gewerkschaftliche Arbeit und erreicht rein gar nichts für uns!



Was tun? Rechter Betriebsarbeit mutig entgegentreten!

Überall dort, wo Rechten keine Grenze gesetzt werden, beißen sie sich fest. Das gilt natürlich auch für unsere Betriebe. Deshalb müssen wir auch dort eine klare antifaschistische Haltung zeigen, unsere Kolleg*innen über Nazis wie „Zentrum“ und Co aufklären und diese gemeinsam, aktiv aus den Betrieben drängen.

Organisiert euch in den Gewerkschaften und streitet für eure Interessen, um Spaltung und Individualisierung entgegenzuwirken. Von innen können wir berechtigte Kritik an etwa sozialpartnerschaftlichem Verhalten solidarisch üben und gleichzeitig unsere Gewerkschaften gegen rechte Demagogie und Angriffe von außen verteidigen.

Sucht lokale Bündnisse gegen Rechts auf und engagiert euch dort euch im Rahmen eurer gewerkschaftlichen Arbeit! Knüpft Kontakte mit anderen antifaschistischen Kräften, tauscht euch aus und unterstützt euch gegenseitig. Die Gründung rechter und faschistischer Betriebsorganisationen ist Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks und reiht sich ein in eine Vielzahl rechter Projekte. Wir müssen die Zusammenhänge dieser Projekte verstehen um sie als Ganzes bekämpfen zu können. Am Ende werden wir „Zentrum“ nur dann konsequent zurückschlagen, wenn Gewerkschaften und Antifas Hand in Hand arbeiten!

Für einen antifaschistischen Kampf im Betrieb und auf der Straße! Hoch die internationale Solidarität!

Warum gendern wir wie? Wir benutzen das Sternchen [*] um alle Geschlechtsidentitäten abzudecken. Zum Beispiel: Freund*innen. Das handhaben wir dementsprechend für alle Personengruppen so. ABER: Eine binäre Einteilung von Geschlechtern ist ein Baustein faschistischer Ideologie, die die Existenz von inter, trans, agender und genderfluiden Personen leugnet und angreift. Daher benutzen wir für FaschistInnen das Binnen-I.

Zur Landtagswahl in Baden-Württemberg im März 2021 liegt im Dezember 2020 noch kein allgemein zugängliches Wahlprogramm vor. Auch der genaue Wortlaut des Renten- und sozialpolitischen Beschlusses vom AfD-Bundesparteitag in Kalkar Ende November 2020 ist noch nicht zugänglich. Wir beziehen uns daher auf bereits veröffentlichte Parteiprogramme.

Positionen der AfD

Von Stefan Dietl

Staat und Steuern: Mehr Wettbewerb und Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen

Seit Gründung der AfD ist die Steuerpolitik eines ihrer Schwerpunktthemen. Im Mittelpunkt steht, Unternehmen und Besserverdienende steuerlich zu entlasten und im Gegenzug sozialpolitische Aufgaben zurückzufahren.

Deutlich wird dies an einem der Kernpunkte der Partei: der Reform der Einkommensteuer. Die Einkommensteuer ist eine der wichtigsten Finanzierungsquellen des Staates und für rund ein Drittel der Staatseinnahmen verantwortlich. 2019 beliefen sich die Einnahmen aus der Einkommensteuer auf 219 Milliarden Euro.

Sie lieferten damit einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von gesellschaftlichen Aufgaben wie Soziales, Gesundheit, oder Bildung. Bislang erfolgt die Besteuerung von Einkommen progressiv: wer höhere Einkommen hat, wird auch höher belastet. Die Idee dahinter ist einfach: Starke Schultern können eine größere Last tragen als schwache. Derzeit liegt der Spitzensteuersatz bei 42 Prozent. Bei Einkommen von mehr als 270501 Euro pro Jahr erhöht sich der Spitzensteuersatz noch einmal auf 45 Prozent.

Bereits in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 forderte die AfD „eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts“ und bekannte sich zum ‚Kirchhof’schen Steuermodell‘. Das Steuermodell nach Kirchhof präsentiert sich als Vereinfachung des Steuersystems.

Tatsächlich handelt es sich aber um ein Steuersparmodell für Unternehmen und Reiche. Das vom ehemaligen Verfassungsrichter Paul Kirchhof 2003 vorgestellte Modell sieht vor, die progressive Besteuerung von Einkommen abzuschaffen und durch ein Stufenmodell mit 15, 20 und 25 Prozent zu ersetzen.

Niedrige Einkommen zwischen 10.000 und 20.000 Euro sollen dabei mit 15 bis 20 Prozent besteuert werden. Für alle darüber liegenden Einkommen soll ein Spitzensteuersatz von 25 Prozent gelten, auch für Unternehmen und Kapitaleigner*innen – egal, ob es sich um 25.000 Euro oder 500.000 Euro Jahreseinkommen handelt. Dafür soll die Körperschafts- und Gewerbesteuer abgeschafft werden.

Dem Staat drohen damit massive Einnahmeausfälle und deutlich weniger Geld für Infrastruktur oder Sozialausgaben.

Der DGB lehnt einen Stufentarif als sozial ungerecht ab. In den steuerpolitischen Eckpunkten des DGB zur Bundestagswahl 2017 heißt es dazu: „Die Lohn- und Einkommensteuer ist konsequent am Maßstab der Steuergerechtigkeit auszurichten. Die Steuerpflichtigen sollen nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Der Einkommensteuertarif ist daher progressiv zu gestalten, so dass höhere Einkommen nicht nur in absoluten Beträgen, sondern auch relativ, prozentual zum Einkommen, höher besteuert werden.“ Dies ist das Gegenteil von dem, was die AfD fordert.

Besitzende großer Vermögen entlasten

Neben der Abschaffung der progressiven Einkommensteuer gehört die Abschaffung der Vermögen- und der Erbschaftsteuer zu den weiteren Kernelementen der AfD-Steuerpläne.

Auch hier profitieren vor allem Erbinnen und Erben sowie Besitzerinnen und Besitzer großer Vermögen. Die Vermögensteuer ist derzeit ausgesetzt und wird nach einem Beschluss der damaligen Bundesregierung seit 1997 nicht mehr erhoben. Die AfD fordert nun deren gänzliche Abschaffung, während der DGB für eine Wiedererhebung der Vermögensteuer eintritt.

Auch die Erbschaftsteuer ist im Visier der AfD. Von ihrer Abschaffung würden vor allem die Erbinnen und Erben großer Vermögen profitieren, da in Deutschland hohe Freibeträge bei Erbschaften und großzügige Ausnahmeregelungen zum Beispiel für Familienunternehmen und landwirtschaftliche Betriebe gelten.

Der DGB will hingegen eine verfassungskonforme Trendwende bei der Erbschaftsteuer. In seinen steuerpolitischen Eckpunkten zur Bundestagswahl 2017 hält er fest: „Um die Lasten gerecht zu verteilen, sollten die bisherigen Steuerprivilegien für sehr hohe Vermögen, Einkommen und Erbschaften beseitigt und mit den erzielten Mehreinnahmen gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben finanziert werden.“

Tatsächlich sind allein im Jahr 2016 der Staatskasse durch die Erhebung der Erbschaftsteuer 6,1 Milliarden Euro zugeflossen.

Fazit | Die AfD steht für eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Die Steuererleichterung für Unternehmen und Vermögende soll durch Einschränkungen staatlicher Maßnahmen finanziert werden.

Während von der Entlastung bei der Einkommen-, Gewerbe-, Erbschaft- und Vermögensteuer vor allem die Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen und Vermögende profitieren, sollen die lohnabhängig Beschäftigten durch die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Rückbau der sozialen Sicherungssysteme die Zeche dafür bezahlen.

Arbeit, Rente, Arbeitsmarktpolitik

In der Renten- und Arbeitsmarktpolitik verfolgt die AfD den Kurs einer radikalen neoliberalen Umstrukturierung und Deregulierung – auf Kosten der Arbeitnehmer*innen.

In ihrem Grundsatzprogramm fordert die AfD eine Kopplung der Lebensarbeitszeit an die Lebenserwartung, mithin eine deutliche Erhöhung des Renteneintrittsalters, so wurde dies auch bestätigt auf dem Bundesparteitag in Kalkar im Dezember 2020.

Betrachtet man die Aussagen zahlreicher Spitzenfunktionärinnen und -funktionäre der AfD zur Rentenpolitik, zeigt sich, dass vielen die im Grundsatzprogramm verankerten Pläne nicht weit genug gehen. Der Parteivorsitzende Jörg Meuthen fordert einen „Systemwechsel in der Rentenversicherung“. Er plädiert für ein Ende der gesetzlichen Rentenversicherung und fordert stattdessen eine „staatlich erzwungene private Vorsorge“. Diese, die Umstellung auf ein steuerbasiertes Rentensystem und die sog. „Freiheit des Renteneintritts“, sind jüngst auf dem AfD-Bundesparteitag in Kalkar bestätigt worden.

„Job-Killer“ Mindestlohn

Wie in vielen anderen Politikfeldern hat die AfD auch in der Arbeitsmarktpolitik keine Antworten auf die aktuell drängenden Fragen. Sämtliche ihrer arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen bleiben vage.

Deutlich wird dies unter anderem beim allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

Lange Zeit gehörte die AfD zu den entschiedensten Gegner*innen einer allgemeinen Lohnuntergrenze. Noch im April 2015 wettete die damalige Vorsitzende Frauke Petry in einer Pressemitteilung, der Mindestlohn sei „neosozialistisch“, ein „Job-Killer“ und ein Ausdruck „realitätsferner Sozialromantik“.

Geringqualifizierten und „Beschäftigten in den klassischen Trinkgeld-Branchen“ drohe durch den Mindestlohn Arbeitslosigkeit und Armut. Auch im Europawahlkampf 2013 positionierte sich die AfD gegen den gesetzlichen Mindestlohn. Im dann verabschiedeten Grundsatzprogramm vollzog die Partei allerdings eine scheinbare Kehrtwende und sprach sich überraschend für den Mindestlohn aus. Diesen Kurswechsel nutzte die Partei allerdings zugleich zur rassistischen Stimmungsmache:

Der Mindestlohn schütze „vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck“, heißt es nun zur Begründung. Dabei verschweigt die AfD, dass die Ausweitung des Niedriglohnssektors in den vergangenen 15 Jahren in keinerlei Zusammenhang mit dem verstärkten Zuzug Geflüchteter im Sommer 2015 steht, sondern Ergebnis einer neoliberalen Umstrukturierung des Arbeitsmarktes war.

In einigen Landtagswahlprogrammen verurteilt die AfD den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen, so zum Beispiel im Landtagswahlprogramm für Baden-Württemberg von 2016: „Leiharbeit soll reguläre Arbeitsverhältnisse ergänzen, nicht ersetzen. Wir setzen uns ein für eine sachgerechte Weiterentwicklung der bestehenden Regelungen zur Leiharbeit und für wirkungsvolle Kontrollen“. Ein Landtagswahlprogramm für die Wahl in drei Monaten liegt aktuell nicht vor.

Zugleich wird aber auch die „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in Verbindung mit Entlastungen bei Steuern und Abgaben für Arbeitnehmer und Unternehmen“ gefordert. Bewusst verschwiegen wird, dass eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes vor allem zu Lasten der betroffenen Beschäftigten erfolgt. Zur Zukunft des Arbeitslosengeldes II kursieren in der Partei verschiedene Konzepte, die alle eines gemeinsam haben: die Verschlechterung der Situation der Betroffenen. Zahlreiche Landesverbände fordern in ihren Programmen die Einführung von „Bürgerarbeit statt Hartz IV“. Darunter wird die „gemeinnützige Arbeit von Langzeitarbeitslosen“ verstanden.

Die von der AfD beworbene „Bürgerarbeit“ ist weder neu noch innovativ. Bereits unter der schwarz-gelben Regierungskoalition gab es von 2010 bis 2014 ein Pilotprojekt zur „Bürgerarbeit“. Eine Milliarde Euro wurde investiert und fast 50.000 „Bürgerarbeitsplätze“ geschaffen.

Das Vorhaben scheiterte auf ganzer Linie, von den Teilnehmenden konnten nur wenige in einen sozialversicherungspflichtigen Job vermittelt werden.

Tatsächlich hatte die Maßnahme sogar den gegenteiligen Effekt.

Im Gegensatz zum Pilotprojekt der schwarz-gelben Bundesregierung ist in den Programmen der AfD nicht davon die Rede, dass diese „Bürgerarbeit“ freiwillig erfolgen soll. Schon anlässlich des damaligen Pilotprojekts warnte der DGB in einer Stellungnahme vor Zwangsmaßnahmen: „Bürgerarbeit hört sich zunächst freundlich an, es klingt nach freiwilligem Engagement, ›Bürger tun etwas für andere Bürger‹. Doch der Übergang zur ›Arbeitspflicht‹ ist fließend, je nach Ausgestaltung und gesetzlichen Rahmenbedingungen“.



Geltung des Leistungsprinzips

Dass es bei den Vorstellungen der AfD nicht um Freiwilligkeit geht, belegt die Aussage der damaligen Parteivorsitzenden Frauke Petry: „Aber es muss auch das Leistungsprinzip gelten: Wer als Langzeitarbeitsloser eine Leistung vom Staat erhält, muss dem Staat auch etwas zurückgeben.“ Zu erwarten ist zudem, dass Kommunen und Länder die „Gemeinnützigkeit“ der „Bürgerarbeit“ großzügig auslegen, um so auf günstige Arbeitskräfte zurückgreifen und eigenes Personal einsparen zu können. Dadurch würden noch mehr Arbeitsplätze in der öffentlichen Daseinsvorsorge abgebaut.

Fazit | Die AfD legt bisher zu keiner arbeitsmarktpolitischen Frage – sei es beim Mindestlohn, bei der Leiharbeit oder beim Arbeitslosengeld II – ein ausformuliertes Konzept vor. Statt auf die Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsformen setzt die AfD auf weitere neoliberale Deregulierung. Antworten auf die drängenden arbeitsmarktpolitischen Fragen (u. a. Umgang mit der Digitalisierung, der zunehmenden atypischen Beschäftigung und ihren Folgen für die sozialen Sicherungssysteme) bietet die Partei nicht.

Auch die rentenpolitischen Pläne sehen weitere Belastungen der abhängig Beschäftigten vor. Statt auf die bewährte gesetzliche Rentenversicherung setzt die AfD auf private Vorsorge, von der vor allem private Konzerne und Versicherungen profitieren. Und sie plädiert für die weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters.

Bildungspolitik: Uneingeschränktes Leistungsprinzip

In der Bildungspolitik werden die Weichen für die ökonomische, soziale und politische Teilhabe an der Gesellschaft gestellt. Ein gleicher Zugang zu Bildung entscheidet oftmals über Chancengleichheit oder -ungleichheit für den sozialen Aufstieg.

Die AfD verbindet ihre bildungspolitische Programmatik mit einem überkommenen Familienbild. Es ist geprägt von reaktionären Vorstellungen, Ausgrenzung und Diskriminierung. So nimmt der Kampf gegen Vielfalt und sexuelle Selbstbestimmung im Grundsatzprogramm der Partei ebenso breiten Raum ein wie die Agitation gegen das „Gender-Mainstreaming“, die „geschlechterneutrale Sprache“, die „Gender-Forschung“ oder „Geschlechterquoten“.

Vor allem steht das Bildungsprogramm der AfD für die Ausgrenzung sozial Benachteiligter und extreme soziale Auslese. Es gibt kaum ein Industrieland, in dem das Bildungssystem so selektiv ist wie in Deutschland. Fast nirgendwo haben Arbeiterkinder so schlechte Chancen, einen Hochschulabschluss zu erwerben, wie in Deutschland. Eine Ursache dafür ist, dass in weiten Teilen Deutschlands noch immer am dreigliedrigen Schulsystem festgehalten wird.

Die AfD steht genau für diese Form der frühen sozialen Auslese. Sie lehnt die Gesamtschule ab und will das dreigliedrige Schulsystem beibehalten. Sie will es darüber hinaus auch in den Bundesländern einführen, in denen es bisher noch nicht existiert. Auch an den Universitäten will die AfD die Elitenbildung verschärfen. Mit der im Grundsatzprogramm erhobenen Forderung nach „leistungs- und eignungsbezogenen Auswahlverfahren für verschiedene Hochschultypen“ verfolgt sie vor allem das Ziel einer verstärkten sozialen Auslese. Hohe Zugangsbeschränkungen für einzelne Studiengänge schließen insbesondere finanziell schwächer gestellte Menschen aus.

Die Betroffenen versucht die AfD damit zu trösten, dass nicht jeder das Abitur oder einen Hochschulabschluss benötige. Für die AfD „gefährden das Streben nach immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten sowie unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsolventen den Nachwuchs in Ausbildungsberufen.“

Im Zentrum der bildungspolitischen Vorstellungen steht das Leistungsprinzip. Wörtlich heißt es dazu im Grundsatzprogramm der Partei: „Wir befürworten uneingeschränkt das Leistungsprinzip. Schüler haben ein Recht darauf, in einem nach oben und unten durchlässigen Schulsystem Erfolge und Niederlagen zu erfahren.“

Fazit | Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass nicht die Wissensvermittlung im Zentrum der Bildungspolitik der AfD steht, sondern die Nutzbarmachung der Bildung für wirtschaftliche Zwecke. In ihrem Programm propagiert sie ganz offen eine Bildung im Sinne neoliberaler Verwertungslogik. Schulen und Hochschulen dienen ausschließlich dazu, Menschen so schnell wie möglich auf die Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt vorzubereiten. Dazu gehört auch die Ausgrenzung und Aussortierung von sozial Benachteiligten nach vermeintlichen Leistungskriterien.

Europapolitik: Europafeindlichkeit zu Lasten der Beschäftigten

Lange Zeit war die Europapolitik das Kernthema der AfD. Auch heute nimmt die Diskussion um die Zukunft der europäischen Vereinigung in der AfD einen breiten Raum ein. Wenig öffentliche Beachtung finden jedoch die Auswirkungen, die eine solche Europapolitik für abhängig Beschäftigte hätte.

Wie in anderen Politikbereichen kam es auch hier in der AfD in den vergangenen Jahren zu einer Radikalisierung. Stand bei Gründung der Partei im Jahr 2013 die Euro-Rettungspolitik im Mittelpunkt der Kritik, stellt die AfD heute das europäische Projekt in seiner Gesamtheit in Frage. So fordert die AfD in ihrem Grundsatzprogramm die Einschränkung der EU-Freizügigkeit und flächendeckende Kontrollen an den deutschen Grenzen. Sie will „das Experiment Euro geordnet beenden“ und strebt den Austritt Deutschlands aus der EU sowie die „demokratische Auflösung der Europäischen Union“ an.

Im Bundestagswahlkampf plädierte die Partei für ein Ende des Schengen-Abkommens, das Reisefreiheit und freien Warenverkehr in Europa regelt.

„Schengen ist gescheitert“, so die AfD Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl 2017, Alice Weidel. All diese Maßnahmen hätten sowohl für die deutsche Wirtschaft als auch für die abhängig Beschäftigten in Deutschland und ganz Europa verheerende Auswirkungen. Offene Grenzen haben mehr als nur symbolischen Wert. Sie sind sowohl Wohlstandsfaktor als auch Wirtschaftsmotor. Inzwischen ist fast jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland vom Außenhandel abhängig und somit auch von offenen Grenzen in Europa. Deutschlands Wirtschaft ist mit einem Außenhandelsvolumen von 2,6 Billionen Euro im Jahre 2014 so stark auf Geschäfte mit dem Ausland ausgerichtet wie nur wenige andere Länder. Knapp 60 Prozent davon entfallen auf Europa. Laut einer Studie der Wirtschaftsanalysten von Prognos würde die Wiedereinführung innereuropäischer Grenzkontrollen alleine der deutschen Volkswirtschaft 234 Milliarden Euro in einem Zehnjahreszeitraum kosten. Just-in-time-Lieferungen würden der Vergangenheit angehören, europäische Produktionsprozesse durch Grenzkontrollen unterbrochen und die europäischen Wertschöpfungsketten wären massiv beeinträchtigt.



Das von der AfD geforderte Ende von Euro, EU und Arbeitnehmerfreizügigkeit hätte auch für die Pendlerinnen und Pendler Konsequenzen. Rund 1,7 Millionen Beschäftigte in Europa überqueren täglich die EU-Binnengrenzen, weil sie in einem EU-Mitgliedsland leben und in einem anderen arbeiten.

Viele von ihnen kommen auch aus grenznahen, strukturschwachen Regionen in Deutschland.

Statt für weniger plädiert der DGB für mehr Europa, in dem soziale Rechte für alle eine größere Rolle spielen. „Nur ein Europa, das sozial investiert, in die Bevölkerung, und deren Rechte verteidigt und modernisiert, so wie sie in der Grundrechtecharta verankert sind, wird das Vertrauen wieder gewinnen, das der Kontinent braucht“, so der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.

Fazit | Eine Einschränkung der wirtschaftlichen Freizügigkeit oder gar die Wiedereinführung nationaler Währungen, wie sie die AfD vertritt, hätte für die international orientierte deutsche Wirtschaft verheerende Auswirkungen. Die europapolitischen Vorstellungen der AfD gefährden den wirtschaftlichen Wohlstand Deutschlands und setzen Millionen Arbeitsplätze aufs Spiel. Leidtragende des antieuropäischen Kurses der AfD wären vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Familienpolitik: Programm der Ausgrenzung und Diskriminierung

Der Kampf gegen Geschlechtergerechtigkeit, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und sexuelle Vielfalt gehört seit jeher zu den Grundsäulen rechter Politik. Für die AfD ist dieser Kampf zentraler Bestandteil ihrer Programmatik. Ideologische Grundlage dafür bietet eine rechtskonservative Familienpolitik, die sich vor allem den Erhalt der „traditionellen Familie“ zum Ziel gesetzt hat.

In der AfD findet dieses Ziel sowohl in einem ausgeprägten Antifeminismus als auch in einem zutiefst homophoben Weltbild seinen Ausdruck. Der hohe ideologische Stellenwert, den der Kampf für eine reaktionäre Politik im Bereich ›Familie‹ in der AfD innehat, wird schon daran deutlich, dass es in dem etwa hundert Seiten umfassenden Grundsatzprogramm so gut wie kein Kapitel gibt, in dem der Begriff ›Familie‹ keine Erwähnung findet.

Neben dem eigenen Programmpunkt ›Familien und Kinder‹ spielen diese Vorstellungen auch in der Arbeitsmarkt-, der Sozial- und der Bildungspolitik eine wesentliche Rolle. Aber auch, wenn es um Steuern, die Entwicklung des ländlichen Raumes, die Wohnungsbau- oder die Integrationspolitik geht, fehlt die Nennung von Kindern oder ›der Familie‹ nicht. Es gelingt der Partei so, zugleich konservative und neoliberale Positionen zu vereinen.

Den Rückzug des Staates aus weiten Teilen der sozialen Sicherungssysteme kombiniert die Partei mit dem Plädoyer, die traditionelle Familie zu stärken, die künftig die soziale Verantwortung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflege übernehmen soll. Wer nicht auf diese familiäre Hilfe bauen kann oder privat vorsorgt, steht in solchen sozialen Notlagen dann ohne Unterstützung da.

Bereits zu Beginn des Kapitels ›Familien und Kinder‹ wird deutlich, dass die Vorstellungen der AfD vor allem auf die Zurückdrängung und Diskriminierung nicht-traditioneller Lebens- und Beziehungsentwürfe abzielen. Das beginnt mit einem „Bekenntnis zur traditionellen Familie als Leitbild“ und der klaren Forderung „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung“.

Einem Lamento über die angeblich geringe Wertschätzung, die der traditionellen Familie in Deutschland zuteil wird, folgt die Klage über die Untergrabung der Familie als „wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit“ durch die Zunahme von Krippen und Ganztagschulen, des „Gender-Mainstreamings“ und der Individualität im Allgemeinen.

Daran anknüpfend zeichnet die AfD ein Schreckensbild der demografischen Entwicklung: Die niedrige Geburtenrate führe angeblich zum Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme, einer verminderten Wirtschaftsleistung und zu einem „ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur“. Zentrales Ziel der AfD ist eine „aktive Bevölkerungspolitik“, um die Geburtenrate der „deutschstämmigen Frauen“ deutlich zu steigern. Jeglicher staatliche Versuch, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, wird als Zwang zur Doppelbelastung umgedeutet.

Stattdessen setzt die AfD auf einen antifeministischen Rückschritt, um Frauen auf die Rolle als Hausfrauen und Mütter festzulegen. Hierzu passt die Ablehnung des Rechts auf Abtreibung. So will die AfD unter anderem die von vielen Betroffenen schon heute als erniedrigend empfundenen Schwangerenkonfliktberatungen verschärfen.

Fazit | In der Familienpolitik geht es der AfD nicht um das Wohl der Kinder, z.B. durch Hilfe für Alleinerziehende. Nicht das Wohl des Einzelnen steht im Vordergrund, sondern die AfD will das Staatsvolk erhalten.

Antifeminismus und Homophobie gehören dabei zum Markenkern der AfD, ihre familienpolitischen Vorstellungen gehen mit Ausgrenzung und Diskriminierung einher.

Die Stärkung der „traditionellen Familie“ soll zugleich die sozialen Härten kompensieren, die das neoliberale Programm von Deregulierung und Sozialabbau der AfD mit sich bringt.

Gleichstellungspolitik: Zurückdrängung der Frauen aus der Arbeitswelt

Das politische Denken der AfD ist laut dem Soziologen Andreas Kemper von der „Idee der Ungleichheit“ gekennzeichnet. Tatsächlich stellt die Partei immer wieder die Gleichwertigkeit spezifischer Gruppen der Gesellschaft infrage, wie sich vor allem in der Integrations- und Flüchtlingspolitik zeigt. Ihren Ausdruck findet die „Idee der Ungleichheit“ aber nicht nur in der Ausgrenzung und Diskriminierung von Geflüchteten und Migranten, sondern ebenso im vehementen Kampf gegen die Gleichstellung von Frauen – insbesondere in der Arbeitswelt.

Nicht der Arbeitsplatz, sondern Kinder, Küche, Kirche seien die Refugien der Frau, so das Credo konservativer Politik. Erst durch harte Kämpfe – nicht zuletzt der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Gewerkschaftsbewegung – konnte dieses reaktionäre Denken Schritt für Schritt aufgebrochen werden. Geht es nach der AfD, gilt es nun, die Uhr zurückzudrehen. Die Partei steht für einen antifeministischen Rückschritt, der auch die Verdrängung der Frauen aus der Arbeitswelt einschließt.

Die AfD lehnt alle Maßnahmen ab, die Frauen in einer nach wie vor männlich dominierten Gesellschaft eine bessere Teilhabe ermöglichen sollen.

In ihrem Programm zur Bundestagswahl 2017 forderte die Partei die Abschaffung aller Antidiskriminierungsgesetze, darunter das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Versuche, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf staatlich zu fördern, lehnt die AfD als Zwang zur Doppelbelastung ab und beklagt einen „falsch verstandenen Feminismus“, der „einseitig Frauen im Erwerbsleben schätzt, nicht aber Frauen, die ›nur‹ Mütter und Hausfrauen sind“. Die AfD wettet immer wieder gegen staatliche und kommunale Kinderbetreuungseinrichtungen.

Fazit | Die AfD lehnt jede Form der Gleichstellungspolitik ab und möchte die mühsam erkämpften Errungenschaften der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung aushebeln. Statt für gleiche gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen und Männern steht die AfD für eine systematische Zurückdrängung der Frauen aus der Arbeitswelt und aus dem öffentlichen Leben.

Gewerkschaften und AfD – Positionen auf einen Blick

DGB-Gewerkschaften	AfD
Entlastung unterer Einkommen, Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 % ab einem Einkommen von 70.000 Euro	Stufenmodell mit einem Spitzensteuersatz von 25 % bereits ab 20.001 Euro
Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, einen Sozialstaat als Mittel zur Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums	Schwacher Staat: Reduzierung der Staatsaufgaben und für eine Steuer- und Abgabengrenze
Wiedererhebung der Vermögensteuer	Abschaffung der Vermögensteuer
Rente mit 63 für besonders langjährig Versicherte, Anhebung des Rentenniveaus	Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung: damit späterer Renteneintritt
Gute Arbeit braucht klare Regeln und konsequente Kontrollen zum wirksamen Schutz von Beschäftigten	Deregulierung, Bürokratieabbau
Mindestlohn erhöhen und wirkungsvoll kontrollieren	Mindestlohn beibehalten
Für mehr Chancengleichheit in der Bildung, für längeres gemeinsames Lernen und für die Gemeinschaftsschule	Für stärkere Auslese und ein uneingeschränktes Leistungsprinzip, gegen die „Einheitsschule“ und für das dreigliedrige Schulsystem
Freizügigkeit für Menschen und Waren, besserer Schutz für grenzüberschreitend Beschäftigte	Einschränkung der EU-Freizügigkeit und für flächendeckende Kontrollen an den deutschen Grenzen
Mehr Demokratie und sozialer Zusammenhalt in Europa	Weniger Europa
Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen und damit für mehr persönliche Freiheit für alle	Stärkung der traditionellen Familie und gegen die Ehe für alle
Für eine Gleichstellungspolitik in Gesellschaft und Arbeitswelt auf allen Ebenen	Ablehnung von Gleichstellungspolitik, die „natürliche Unterschiede“ verwischt
Konsequente Anwendung von Antidiskriminierungsgesetzen als Garant für rechtliche Gleichstellung aller Menschen	Ablehnung von Antidiskriminierungsgesetzen
Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Förderung von Hausfrauen und Müttern
Für die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen	Erschwerung von Schwangerschaftsabbrüchen
Demokratische Vertretung von Frauen	Satzungsmäßiges Verbot von AfD-Frauenorganisationen

Entgegen der üblichen Vorgehensweise, dass Frauen mitgemeint sind, versuchen wir, möglichst durchgehend zu gendern und entschuldigen uns, falls uns dies nicht durchgängig gelungen sein sollte. Wir verwenden das Gender-Sternchen *.

Die Bilder, sofern nicht anders angegeben, sind selbst aufgenommen oder wurden uns für die Broschüre zur Verfügung gestellt.

Diese Broschüre ist entstanden auf Grundlage der Broschüre „Keine Alternative für Beschäftigte – AfD-Positionen unter der Lupe“ des DGB-Bildungswerks Thüringen e. V., des IG Metall Bezirks Mitte und von ver.di Thüringen.

Sie wurde aktualisiert und ergänzt und wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung von Stefan Dietl, ver.di Oberpfalz, wofür wir uns herzlich bedanken möchten!

Impressum

Autor*innen: wie angegeben

Verantwortlich:

DGB-Jugend Baden-Württemberg

Andre Fricke

Willi-Bleicher- Str. 20, 70174 Stuttgart

www.bw-jugend.dgb.de

In Kooperation mit der DGB-Region

Südwürttemberg

www.suedwuerttemberg.dgb.de

Redaktion: Andre Fricke, Moritz Stiepert
und Antje Trosien (Koordination)

Layout: Regine Lieb, klip GmbH, Göppingen

Druck im Eigenverlag

Stuttgart/Ulm im Januar 2021

Andre Fricke leitet die Abteilung Jugend beim DGB Baden Württemberg,

Antje Trosien und Moritz Stiepert sind Regionssekretär*innen bei der DGB-Region Südwürttemberg.

Sebastian Lipp recherchiert und berichtet als Journalist für verschiedene Medienhäuser, darunter Zeit online, der Bayerische Rundfunk und einige Tageszeitungen. Sein Schwerpunkt: Die Umtriebe von Neonazis und anderen Rechtsradikalen vor allem in Bayern und Württemberg.

Als Chefredakteur bei Allgäu - rechtsaußen sieht er bei der dortigen Szene besonders genau hin.

Im Mai 2019 zeichnete ihn der Bayerische Journalistenverband für die von ihm herausgegebene umfangreiche Recherche zu »Voice of Anger und der rechte Untergrund im Allgäu« mit einem Preis zum Tag der Pressefreiheit aus.

Stefan Dietl (Jg. 1985) lebt und arbeitet als freier Journalist im bayerischen Regensburg und ist seit seiner Ausbildung Mitglied der Gewerkschaft ver.di. In seinem Buch „Die AfD und die soziale Frage“ beschäftigt er sich kritisch mit der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung der AfD.



**Reden
wir über...**
DER ZUKUNFTSDIALOG